

Niederschrift

**über die 8. - öffentliche - Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland
am Dienstag, 25. Juni 2013, im Saal des „Landhaus Tapken“ in Sande,
Bahnhofstraße 46**

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

Anwesend :

Mitglieder

Ambrosy, Sven

Bastrop, Heide

Brunken, Rainer

Burgenger, Uwe

Busch, Thomas

Teilnahme nur an der öffentlichen Sitzung

Buß, Manfred

Böcker, Rudolf

Bödecker, Anne

Chmielewski, Iko

Teilnahme nur an der öffentlichen Sitzung

Damm, Jens

Eilers, Claus

Gburreck, Fred

Gerdes-Borreck, Matina

Harms, Siegfried

Husemann, Horst-Dieter

anwesend bis einschl. Beratung zu TOP 6.4.5/
keine Teilnahme an der Beschlussfassung

Just, Janto

Kaiser-Fuchs, Marianne

Kujath, Dörthe

Lies, Olaf MdL

Loers, Diedrich

Neugebauer, Axel

Nieraad, Peter

Onnen-Lübben, Reinhard

Ostendorf, Heinrich

Pauluschke, Bernd

Polenz, Dirk von

Ralle, Elfriede

Ramke, Michael

Recksiedler, Raimund

Rost, Wilfried

Schlieper, Ulrike

Sieckmann, Heinke

Spiekermann, Ewald

Tammen, Reiner

Vehoff, Frank
Zielke, Gustav
Zillmer, Dirk

Angehörige der Verwaltung
Dehrendorf, Martin Dr.
Gerdes, Gerda
Rohlf-Jacob, Elke
Klug, Sönke
Vogelbusch, Silke

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Pauluschke eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Pauluschke stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Nicht anwesend waren die Kreistagsabgeordneten Funke, Janßen, Kühne, Osterloh, Ratzel und Wilken. - Herr Lies, so der Vorsitzende, sei auf dem Weg zur Sitzung und werde in Kürze eintreffen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde inklusive des nachgemeldeten Punktes 6.5.2 „Kreiswahlleitung und Stellvertretung für die Europawahl am 25. Mai 2014“ einstimmig festgestellt.

Herr Pauluschke führte aus, im ersten Halbjahr 2013 seien die ehemaligen Kreistagsmitglieder Paul Harms, Dieter Günther und Ommo Ommen verstorben. - Auf seine Bitte erhoben sich die Anwesenden. Der Verstorbenen wurde sodann im Rahmen der Verlesung der jeweiligen Nachrufe sowie durch eine Gedenkminute gedacht.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 11. März 2013

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es meldete sich der Einwohner Herr T. aus Zetel zu Wort.

In Abänderung der katasteramtlichen Karte sei eine Grenzaufhebung vollzogen und sein Grundstück überplant worden. Lt. Aussage seines Anwaltes, so Herr T., sei dies rechtlich nicht zulässig. Der zuständige Sachbearbeiter der Kreisverwaltung habe mitgeteilt, diese Grenzaufhebung sei seinerzeit von seinem Vorgesetzten genehmigt worden. Für ihn, so Herr T., stelle sich die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage diese Entscheidung, die nach seiner Auffassung einer Urkundenfälschung gleich komme, basiere.

Landrat Ambrosy erklärte, der angesprochene Vorgang resultiere bereits aus Zeiten vor seinem Dienstantritt beim Landkreis Friesland. Die Kreisverwaltung sei nicht zuständig; es gehe vielmehr um eine katasterrechtliche bzw. grundstücksrechtliche Frage. Zu dieser Rechtsauffassung habe ein intensiver Meinungs-austausch und mehrfacher Schriftwechsel der Verwaltung mit Herrn T. stattgefunden. Herr T. akzeptiere den Standpunkt des Landkreises nicht. Letztendlich stehe der Vorgang im Zusammenhang mit einem Nachbarschaftsstreit. Insofern sei die wesentliche Frage, ob sich das Wassereinzugsgebiet für das betroffene Grundstück geändert habe und dadurch Bäume in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Rechtswidrige Handlungen des Landkreises lägen nicht vor – diese Behauptung sei zurückzuweisen.

Herrn T. könne nur empfohlen werden, sich mit Hilfe seines Anwalts an die tatsächlich zuständigen Stellen zu wenden.

Herr T. beharrte auf der Zuständigkeit des Landkreises für den Bereich Planung und Genehmigung. Er bestehe aus den geschilderten Gründen auf Aufklärung der Urkundenfälschung, denn diese Frage sei bis heute nicht beantwortet worden. - Das übersandte Schreiben der Kreisverwaltung bzw. des Kreistagsvorsitzenden sei für ihn nicht nachvollziehbar; sein Grundstück, so Herr T., liege nicht im Trinkwasserschutzgebiet.

Herr Pauluschke erklärte, die Kreisverwaltung werde wie bisher auf den Einwurf von Herrn T. schriftlich reagieren.

- - - - -

Kreistagsabgeordneter Ramke hieß den Kreistag namens Rat und Verwaltung der Gemeinde Sande herzlich willkommen. Bürgermeister Wesselmann sei terminlich verhindert und lasse beste Grüße übermitteln.

- - - - -

Namens des Kreistages und der Kreisverwaltung gratulierte Herr Pauluschke Frau Ralle und Herrn Ostendorf zum Geburtstag, wünschte beiden alles Gute und überreichte jeweils einen Blumenstrauß.

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus dem Kreisausschuss vom 3. April 2013

TOP 6.1.1 Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmer im Landkreis Friesland (BauA 07.03.) Vorlage: 0249/2013

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 3. April 2013 zur Kenntnis und folgte der Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Die Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen der Unternehmer im Landkreis Friesland wird entsprechend der der Fachausschuss-Niederschrift als Anlage beigefügten Fassung der Änderungsverordnung geändert.

Darüber hinaus wird der Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e.V., Bezirksgruppe Oldenburg, auf Änderung der o.g. Verordnung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.1.2 Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Schaffung zusätzlicher Büroräume für den Pflegestützpunkt; Eilentscheidung des Kreisausschusses gemäß § 89 NKomVG Vorlage: 0276/2013

Von der Eilentscheidung des Kreisausschusses – TOP 3.1.2 der Niederschrift vom 3. April 2013 – nahm der Kreistag Kenntnis.

TOP 6.1.3 Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Herrichtung von zusätzlichen Klassenräumen für die Oberschule Sande; Eilentscheidung des Kreisausschusses gem. § 89 NKomVG Vorlage: 0274/2013

Der Kreistag nahm von der Eilentscheidung des Kreisausschusses – TOP 3.1.3 der Niederschrift vom 3. April 2013 – Kenntnis.

TOP 6.2 - aus dem Kreisausschuss vom 17. April 2013

TOP 6.2.1 Leistungs- und Entgeltvereinbarungen mit den freien Trägern der ambulanten Jugendhilfe (JuhIA 09.04.) Vorlage: 0262/2013

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 17. April 2013 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Dem Abschluss von Leistungs- und Entgeltvereinbarungen mit den freien Trägern der ambulanten Jugendhilfe (~~sowie den der Fachausschuss-Niederschrift vom 9. April 2013 beigefügten Leitlinien zur Berechnung der Fachleistungsstunde~~) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Hinweis:

Die Richtlinien wurden nach der KA-Sitzung vom 17. April 2013 überarbeitet und nach erneuter Beratung im Jugendhilfeausschuss (21.05.) und Kreisausschuss (12.06.) **in der aktualisierten Fassung unter TOP 6.4.2** beschlossen.

TOP 6.3 - aus dem Kreisausschuss vom 22. Mai 2013

TOP 6.3.1 Liberalisierung der Wasserversorgung (UA 29.04.) Vorlage: 0279/2013

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 22. Mai 2013 wird verwiesen; der Kreistag nahm von dem Votum des Kreisausschusses Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Harms betonte die Dimension der Thematik. Über 1,5 Mio. Bürgerinnen und Bürger hätten sich erfreulicherweise an der Petition beteiligt und dazu beigetragen, dass beim zuständigen EU-Binnenmarktkommissar ein Umdenken erfolgt sei. Aus den Konzessionsverträgen seien diese Richtlinien nun heraus genommen worden. Es gelte denen Dank zu sagen, die sich gegen das ursprüngliche Vorhaben der EU gewehrt und eine Eingabe verfasst hätten. Zwar habe sich die Resolution des Landkreises durch die aktuelle Entwicklung seit einigen Tagen erledigt. Trotzdem sollte sie heute beschlossen werden, da zukünftige Entwicklungen nicht abzusehen seien und man die Einwendungsführer in ihren Bemühungen bekräftige.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ sodann abstimmen. Der Kreistag verabschiedete folgende ...

Resolution:

„Der Kreistag des Landkreises Friesland spricht sich mit Nachdruck gegen Bestrebungen auf europäischer Ebene aus, das öffentliche Vergabewesen durch weitere Vorgaben zu reglementieren.

Insbesondere wird kein Bedarf gesehen, die Wasserversorgung als grundgesetzlich verbrieftes Recht Kommunen als Teil der Daseinsvorsorge neuen Regelungen zu unterwerfen, die in der Folge eine Tendenz zur Privatisierung des öffentlichen Gutes „Wasser“ mit sich bringen würden. Das Recht auf Wasser und das Recht auf sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte entsprechend der Charta der Vereinten Nationen. Eine funktionierende Wasser- und auch Abwasserwirtschaft muss als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein. Nur in öffentlicher Hand ist dies auch dauerhaft, nachhaltig, in guter Qualität und mit einem ausgewogenen Preis-Leistungsverhältnis möglich.

Der Landkreis Friesland spricht sich daher nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, das öffentliche Vergabewesen im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda der geplanten Richtlinie aufzunehmen. Die Wasser- und damit auch die Abwasserwirtschaft darf nicht unter den Zuständigkeitsbereich der Binnenmarktregelung fallen.

Die Europäische Union wird daher aufgefordert, Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Wasserversorgung sowie die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantieren. Das Recht auf Wasser und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft muss vor Markinteressen gehen.

Die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes werden aufgefordert, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission in der jetzt vorgelegten Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung, die Daseinsvorsorge und die Trinkwasserversorgung zu schützen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.3.2 Deponie Varel Hohenberge Bauabschnitt I+II; Überführung der temporären Abdeckung in eine endgültige Abdeckung (UA 29.04.) Vorlage: 0277/2013

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.2 der Niederschrift vom 22. Mai 2013 – beschloss auch der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit einem Fachbüro die Ausschreibung für die Erstellung einer endgültigen Abdeckung der Deponie Varel-Hohenberge (BA I + II) vorzubereiten, die Angebote zu prüfen und einen Vergabevorschlag vorzulegen.

Der Umweltausschuss ist über den Stand der Vergabe und den Stand der Sicherung und Rekultivierung zu informieren.

Der Kreisausschuss wird ermächtigt, den Vergabevorschlag zu prüfen und den Zuschlag für die Vergabe zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.3.3 Allgemeinverfügung zur Festlegung des Hafensbereichs Wangersiel (UA 29.04.)
Vorlage: 0288/2013**

Der Kreistag folgte der Empfehlung des Kreisausschusses – TOP 3.1.3 der Niederschrift vom 22. Mai 2013 – und fasste folgenden

Beschluss:

Die Hafensbereichsverordnung Wangersiel vom 17.10.2012 wird aufgehoben; für den Hafensbereich in seinem bestehenden Umfang wird eine entsprechende Allgemeinverfügung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.3.4 Allgemeinverfügung zur Festlegung des Hafensbereichs Hooksielers Binnenhafens (Hooksmeer) - UA 29.04.
Vorlage: 0287/2013**

Auf Ziff. 3.1.4 der KA-Niederschrift vom 22. Mai 2013 wird verwiesen. Der Kreistag nahm Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Die Hafensbereichsverordnung für den Hooksielers Binnenhafen vom 17.10.2012 wird aufgehoben; für den Hafensbereich in seinem bestehenden Umfang wird eine Allgemeinverfügung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.3.5 Finanzbericht 1. Quartal 2013

Der Kreistag nahm den Finanzbericht sowie die Erörterung in der KA-Sitzung vom 22. Mai 2013 – TOP 3.1.5 der Niederschrift – zur Kenntnis.

TOP 6.4 - aus dem Kreisausschuss vom 12. Juni 2013

TOP 6.4.1 19. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung (JuhIA 21.05.)

Vorlage: 0291/2013

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.1 der Niederschrift vom 12. Juni 2013 – beschloss auch der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Der Fortschreibung der Kindertagesstättenplanung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.4.2 Leistungs- und Entgeltvereinbarungen mit den freien Trägern der ambulanten Jugendhilfe (JuhIA 21.05.)

Vorlage: 0293/2013

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu Top 3.1.2 der KA-Niederschrift vom 12. Juni 2013 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Dem Abschluss von Leistungs- und Entgeltvereinbarungen mit den freien Trägern der ambulanten Jugendhilfe sowie den der Fachausschuss-Niederschrift vom 21.05.2013 beigefügten Leitlinien zur Berechnung der Fachleistungsstunde – nachgebesserte Variante - wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.4.3 Zweite Änderung der Schulbezirkssatzung des Landkreises Friesland vom 15.12.2003 (SchulA 10.06.; dazu: Antrag der BfB-Fraktion vom 12.06.2013)
Vorlage: 0281/2013**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.3 der KA-Niederschrift vom 12. Juni 2013 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Just erläuterte den im Kreisausschuss vorgelegten Antrag der BfB-Fraktion, der inhaltlich dem einstimmigen Beschluss der Gremien der Stadt Schortens entspreche.

Seit Einrichtung der IGS Schortens bestehe das Problem, dass ein Teil der Schortenser SchülerInnen dort aus Platzgründen keine Berücksichtigung finde. Eine Haupt- und Realschule gebe es in Schortens nicht mehr. Schüler, die sich von vornherein für den Besuch der Oberschule entschieden oder an der IGS keinen Platz gefunden hätten, seien gezwungen, Fahrschüler zu werden. Statt des Besuchs des nächstgelegenen und als attraktiver wahrgenommenen Schulstandorts Jever müssten sie die Fahrt zur weiter entfernt gelegenen Oberschule Sande auf sich nehmen. In Gesprächen mit Bürgern werde aber deutlich, dass Jever als Einkaufs-, Erlebnis- und wohl auch Schulort der Vorzug gegeben werde.

Besonders für Schüler aus Sillenstede sei Jever bedeutend näher gelegen. Insgesamt besuchten derzeit 236 Schortenser Schüler per Bus die Oberschule Sande. Sicherlich würde ein Großteil davon vorzugsweise Jever als Schulort wählen; diese Wahlfreiheit aber bestehe nicht.

In Schortens sei man, so Herr Just, erstaunt über die Diskussion über Raumprobleme an der Oberschule Sande, während in Jever eine zu geringe Auslastung der Schule zu verzeichnen sei. Es stelle sich die Frage, warum trotzdem daran festgehalten werde, die Schortenser Schüler zwangsweise nach Sande zu schicken.

Im Kreisausschuss sei auf seinen Antrag dargelegt worden, man sehe in der Einräumung der Wahlfreiheit ein großes Problem. Vermutlich würden sich dann zusätzlich die Schüler aus Upjever und Addernhausen, die als einzige Schortenser den Schulort Jever besuchten, nach Sande orientieren. Die Zahlen belegten jedoch, dass es aktuell lediglich um 7 Schortenser Schüler aus insgesamt 5 – 6 Jahrgängen gehe, die die Schule in Jever besuchten. Eine Wahlfreiheit hätte also keineswegs zur Folge, dass die Oberschule Sande „überflutet“ werde.

Hingegen würde sich mit 97 %iger statistischer Wahrscheinlichkeit ergeben, dass sich ein Teil der Schüler, die heute die Schule in Sande besuchen müssten, für Jever entscheiden würde. Die Situation in Sande würde entspannt und in Jever verbessert. Vor diesem Hintergrund sei nicht erklärbar, warum Schortenser Schülern nicht sofort die Wahlfreiheit für den bevorzugten Schulstandort ermöglicht werde. Die genannten Zahlen seien eindeutig; die BfB-Fraktion wiederhole ihren Antrag daher.

Landrat Ambrosy verdeutlichte, die Qualität der Beschulung am Standort Sande sei ausgezeichnet. Insofern könne nicht davon die Rede sein, Schortenser Schüler würden zum Besuch der Oberschule Sande „gezwungen“. Die Wahl des Schulstandortes sollte im übrigen nicht allein von der Länge des Schulweges abhängig gemacht werden; wichtig sei vielmehr die Qualität der Beschulung.

Die Oberschulen in Jever und Sande verfügten über ein gutes pädagogisches Konzept und leisteten qualitativ gute Arbeit.

Inhaltlich sei man in der Sache nicht so weit auseinander, wie Herr Just dies glauben machen wolle. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass für 2013 die empfohlene Schulbezirkssatzung verabschiedet werden solle, weil man bis zum Jahresende einen neuen Schulentwicklungsplan erarbeiten und beschließen wolle.

Gemeinsam gelte es dabei zu überlegen, ob, und wenn ja, wo eine IGS im Südkreis zu errichten sei. Eine IGS im Südkreis werde Auswirkungen auf alle Schulen des Kreisgebietes mit sich bringen. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es daher verfrüht und verfehlt, die Schuleinzugsbereiche im Nordkreis neu zu gestalten.

Die derzeitigen Schülerströme seien bekannt; daher schlage die Verwaltung vor, es zunächst bei dem etablierten bisherigen System zu belassen. Wenn man durch eine Veränderung der Schullandschaft ohnehin die Schülerströme verändern werde, dann sollte dies auch ganzheitlich geschehen. Eine Änderung zum jetzigen Zeitpunkt könne unvorhersehbare Auswirkungen wie z. B. Baukosten für dann entstehenden Rummehrbedarf nach sich ziehen.

Im Herbst 2013 werde man die Schullandschaft des gesamten Kreisgebietes betrachten und eine auskömmliche Gesamtlösung erarbeiten. Dann sei der richtige Zeitpunkt, sich grundsätzlich auch über eine ggf. erforderliche Anpassung der Schulbezirkssatzung zu verständigen. Die Verwaltung bitte vor diesem Hintergrund sehr darum, es zunächst beim bestehenden System zu belassen und die heute als notwendig vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen. Bis zum Jahresende 2013 wolle man gemeinsam die überarbeitete Schulentwicklungsplanung auf den Weg bringen und werde in diesem Zusammenhang – wie im Kreisausschuss erörtert – auch den Antrag der Schortenser Gremien mit behandeln.

Kreistagsabgeordneter Harms unterstrich die gute Qualität der Beschulung an allen Schulstandorten des Kreises. Der Landkreis habe dafür gesorgt, dass seine weiterführenden Schulen auch baulich auf dem Laufenden seien. Wichtig sei es, eine gewisse Flexibilität zu bewahren. Dass z. B. Sillensteder Schüler die Oberschule in Sande besuchten, sei umständlich. Es gebe Unter- und Überbesetzungen in Klassen, die durch eine flexible Handhabung ausgeglichen werden sollten. Im Rahmen der Beratung der Schulentwicklungsplanung bestehe die Chance, diese Möglichkeiten auszuloten.

Frau Schlieper erklärte, zur Sicherung aller Schulstandorte in Friesland gebe es nur das Steuerungsinstrument der Schuleinzugsbereiche. Wenn auch der Wunsch der Stadt Schortens nachvollziehbar sei, sollte dieses Steuerungsinstrument doch nicht vorzeitig aus der Hand gegeben werden.

Im Übrigen müssten dabei auch die Interessen der übrigen Kommunen mit einbezogen werden. Denn Schortens würde mit der Einräumung des Schulwahlrechts ein Exempel statuieren: Wenn allen SchülerInnen in Friesland das freie Schul-Wahlrecht eingeräumt werde, sei das Versprechen des Kreises, alle Schulstandorte zu sichern, schwierig oder gar nicht umsetzbar.

Die Schullandschaft in Friesland sei im übertragenen Sinne zu sehen wie ein Orchester: Das Ganze könne nur so gut sein wie jedes einzelne Instrument bzw. jede Schule. Kein Einzelner sollte sich in den Vordergrund spielen, sondern seine Rolle im Rahmen des vertretbaren und auskömmlichen Gesamtgefüges

wahrnehmen. Nur so werde die Schullandschaft für die Schülerinnen und Schüler in Friesland qualitativ gute Lehrangebote vorhalten können.

Herr Just verwies nochmals auf die absurde Sondersituation, dass Schortenser SchülerInnen mangels Wahlfreiheit eben doch „gezwungen“ seien, einen weiter entfernt liegenden Schulort besuchen zu müssen. Eine Wahlfreiheit für alle Schulstandorte sei damit nicht verbunden. Die Berücksichtigung des Schortenser Anliegens werde nicht zur Gefährdung eines Schulstandortes führen, denn die Sander Schule verfüge über mehr Klassenzüge als die Oberschule Jever. Wenn ggf. mehr als die genannten 7 Schüler nach Jever führen, könnte dies zu einer ausgeglicheneren Situation führen.

Der Verwaltung habe er, so Herr Just, im Vorfeld der heutigen Sitzung die Frage zugeleitet, wie viele Schortenser Schüler in den letzten Jahren an der IGS abgelehnt worden seien. Er bitte um Beantwortung. - Frau Vogelbusch erklärte, über die gewünschten Zahlen verfüge nicht die Kreisverwaltung, sondern wenn überhaupt die Schulleitung der IGS. Man hoffe die Zahlen trotz der nun beginnenden Ferien kurzfristig nachreichen zu können.

(Anmerkung der Verwaltung:

Per Mail vom 27. Juni 2013 hat Abteilungsleiter Dr. Dehrendorf Herrn Just folgende Antwort zukommen lassen:

„Sehr geehrter Herr Just,

nach den aktuell vorliegenden Daten konnten wir durch Einzelerhebung gemeinsam mit der IGS Schortens feststellen, dass im kommenden Schuljahr vier Schüler(innen), die zuvor an der IGS Schortens abgelehnt werden mussten, die OS Sande besuchen. Für die vergangenen Jahre liegen diese Daten leider nicht mehr vor.“)

Frau Schlieper entgegnete Herrn Just, die Situation des Schulstandortes Sande habe sich vor wenigen Jahren noch als schlecht und gefährdet dargestellt. Deswegen habe man die Schulbezirkssatzung als Steuerungsinstrument eingesetzt. Die Oberschule Sande genieße derzeit durch ein attraktives Programm und das ansprechende Schulkonzept hohe Anziehungskraft. So gerate man dort in Raumnot. Anlässlich eines Elternabends in der Sander Oberschule hätten viele Schortenser Eltern zu verstehen gegeben, dass ihre Kinder am Schulstandort Sande verbleiben möchten.

Der Wunsch der Stadt Schortens stoße auf Verständnis. Aber das Steuerungsinstrument Schulbezirkssatzung werde in dem Moment unberechenbar, wenn man vorzeitig eine Wahlfreiheit ermögliche. Die Wünsche der Eltern nehme man ernst und in die Gesamtbetrachtung der Schulentwicklungsplanung mit einbeziehen.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ zunächst über den nachstehenden Antrag der BfB-Fraktion abstimmen:

"Der Landkreis Friesland wird gebeten, die Schulbezirkssatzung dahingehend zu ändern, dass den gesamten Schülerinnen und Schülern aus der Stadt Schortens das Wahlrecht zum Besuch einer weiterführenden Schule sowohl im Gebiet der Stadt Jever als auch im Bezirk der Gemeinde Sande eingeräumt wird."

Der Antrag wurde bei 3 Ja-Stimmen, 29 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Pauluschke ließ sodann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung bzw. des Kreisausschusses abstimmen. Der Kreistag fasste folgenden ...

Beschluss:

Der 2. Änderung der Schulbezirkssatzung des Landkreises Friesland vom 15.12.2003 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

TOP 6.4.4 Einrichtung eines Studienseminars für die Lehrämter an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Sonderpädagogik; hier: Antrag der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2013 (SchulA 10.06.)

Vorlage: 0303/2013

Auf Nachfrage von KTA Harms führte Landrat Ambrosy aus, der Landkreis würde es sehr begrüßen, wenn die Schaffung dieses neuen Angebotes kostenneutral gelinge. Herr Pauluschke erklärte, es gelte sich die Bedeutung des Angebots vor Augen zu halten. Evtl. anfallende angemessene Kosten sollten ggf. in Kauf genommen werden, denn der Vorteil überwiege.

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.4 der Niederschrift vom 12. Juni 2013 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Niedersächsischen Kultusministerium den Antrag zu stellen, dass in der Kreisstadt Jever ein Studienseminar für die Lehrämter an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Sonderpädagogik eingerichtet wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.4.5 Fortführung von LiquidFriesland

Vorlage: 0301/2013

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.5 der KA-Niederschrift vom 12. Juni 2013 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Damm erklärte, er habe die Entwicklung von LiquidFriesland von Beginn an im Rahmen der internen Arbeitsgruppe mit Frau Bödecker, Herrn Djure Meinen und Herrn Klug begleitet. In der Vergangenheit habe man sehr viele Mediengespräche geführt. In jedem dieser Gespräche sei hinterfragt worden, ob der Landkreis LiquidFriesland in jedem Fall fortführen werde oder ob es Kriterien gebe, die dagegen sprechen könnten.

Man befinde sich an einem Punkt, LF kritisch zu hinterfragen. Im Kreisgebiet gebe es – ab 16 Jahren gerechnet – über 70.000 Wahlberechtigte. Ca. 700 Personen seien bei LiquidFriesland als Nutzer verzeichnet, ca. 450 seien akkreditiert. In den einzelnen Diskussionen und Abstimmungen seien bis jetzt durchschnittlich 22 Teilnehmer/innen zu verzeichnen. Diese Zahlen könnten nicht zufrieden stellen. - Namens der CDU-Fraktion schlage er, so Herr Damm, daher vor, die Testphase für Liquid Friesland um ein Jahr zu verlängern. Danach sollte darüber abgestimmt werden, ob eine Fortführung Sinn mache, denn dem Landkreis entstünden laufende Software- und Personalkosten. Die CDU-Fraktion schlage vor, jährlich zu überprüfen, ob die im Evaluierungsbericht 2013 unter Ziff. 4.) genannten Maßnahmen ausreichen und ob die Inanspruchnahme von LF durch die BürgerInnen im Landkreis ansteige.

Landrat Ambrosy erklärte, nach dem Nds. Kommunalverfassungsrecht habe der Bürger das Recht, Bürgerbegehren und Bürgerfragen zu initiieren oder Anregungen zu geben. Im Landkreis Friesland sei seines Wissens von Befragungen oder Begehren noch nie Gebrauch gemacht worden. Niemand würde aber auf die Idee kommen, diese Rechte aus dem Gesetz zu streichen, weil sie bislang nicht in Anspruch genommen worden seien. Denn eine Demokratie lebe von der Möglichkeit. Ihr Wesen sei es, dass sie Rechte einräume – die man ausübe oder nicht ausübe. Der Landkreis Friesland erweitere diese Rechte durch LiquidFriesland, und gebe den Bürgerinnen und Bürgern eine zusätzliche, technisch bequeme Methode an die Hand, deren Nutzung ihnen frei stehe. Im Übrigen werte er es positiv, dass über 400 Personen sich durch LF über Beratungsinhalte informierten – diese Menschen habe man vorher nicht erreicht.

Gegen eine wiederkehrende Evaluierung der weiteren Entwicklung sei nichts einzuwenden. Es gelte jedoch das Missverständnis auszuräumen, dass nur oft genutzte demokratische Instrumente gut seien; es gehe vielmehr um die Einräumung zusätzlicher Rechte. Durch LiquidFriesland habe man viel gelernt. Die Anzahl der Nutzer sei nicht entscheidend, denn wer keinen Handlungsbedarf sehe, habe keinen Grund sich zu beteiligen. Er sei froh, so der Landrat, dass alle mit einander sich auf das Experiment „LiquidFriesland“ eingelassen hätten; Außenstehende hätten attestiert, man habe mit diesem Schritt Mut bewiesen.

Der Bürger bringe sich im Übrigen nicht ein, nur weil ein Thema im Internet kursiere. Ausschlag gebend für ein Handeln des Bürgers sei das, was ihn auch in der „analogen Welt“ zu Aktivitäten veranlassen würde.

Mittlerweile finde die Software LiquidFeedback Nachahmer. Die Stadt Seelze habe sich ebenfalls für diese Form der Online-Bürgerbeteiligung ausgesprochen. Auch andere bis hin zum Land Niedersachsen stünden in Überlegungen, es Friesland gleich zu tun. Das Nds. Innenministerium prüfe, ob man die Internetnutzung stärker auch in die Kommunalverfassung einbringen sollte.

Er bitte sehr darum, so der Landrat, LiquidFriesland fortzuführen und wenn gewünscht einmal jährlich zu evaluieren. Im Rahmen der jeweiligen Diskussion bestehe die Möglichkeit, ergänzende Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Kreistagsabgeordnete Schlieper erklärte für die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen, man unterstütze den Vorschlag der Verwaltung. LiquidFriesland sollte unbefristet fortgesetzt werden, zumal man mit einem Anstieg der Zahlen rechne. Das Interesse für Kommunalpolitik entstehe in der Regel im Alter von ca. 35 – 40 Jahren. Die mit dem Internet aufgewachsenen jungen Erwachsenen seien also potenzielle

künftige Nutzer. LF könne sich somit langfristig etablieren. Von einer Quotierung durch Festlegung eines Beteiligungsgrades sollte abgesehen werden. Bislang seien lediglich vereinzelte Besucher in den Kreistagssitzungen oder in den öffentlichen Ausschusssitzungen zu verzeichnen gewesen. Das zusätzliche Instrument der Online-Bürgerbeteiligung sei daher ein Erfolg. Eine jährliche Evaluation sei zu begrüßen; eine weitere Befristung des Projektes lehne die Gruppe jedoch ab.

KTA Harms unterstrich, es gelte aus den Erfahrungen der letzten Monate zu lernen. Von der Einführung von LiquidFriesland seien seinerzeit alle begeistert gewesen; im Ergebnis der Testphase müsse man das Für und Wider abwägen.

Heute habe der Kreistag über eine Tischvorlage z. B. das LF-Abstimmungsergebnis zum TOP „19. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung“ erhalten. Hinter den genannten 89 % Zustimmung stünden lediglich 8 Personen, 1 Ablehnung entspreche den verbleibenden 11 %. Man spreche von Bürgerfreundlichkeit, entferne sich aber durch die elektronischen Medien immer mehr von den Bürgern.

Der Landkreis Friesland habe den Mut gezeigt, LF einzuführen; ihren Bekanntheitsgrad habe die Software vorher durch die Piratenpartei erlangt. Andererseits müsse man nun den Mut haben, die Software- und Personalkosten dagegen zu halten und den Nutzen der Plattform abzuwägen. Am Beispiel der Initiative zur Wiedereinführung des JEV-Kraftfahrzeugkennzeichens sei deutlich geworden, dass eine Patt-Situation in LiquidFriesland zu einer Ablehnung des Begehrens geführt habe. Heutzutage sei es möglich, nach München umzuziehen und das FRI-Kennzeichen beizubehalten; das relativ kleine Anliegen, das JEV-Kennzeichen wieder aufleben zu lassen, scheitere dagegen.

Als von den Bürgern gewählte Entscheidungsträger halte man den Kontakt zu den Bürgern. Ein direktes Gespräch sei besser geeignet als jede Papier- oder Onlineform. Es stelle sich die Frage, wie man die Bürger in geeigneter Form an Politik heran führe. Man sollte sie vielmehr dazu bringen, Sitzungen wie die heutige zu besuchen oder sie – sofern technisch machbar – per Kameraaufzeichnung und Übertragung im Internet mit zu verfolgen. Diese Teilhabe offenbare deutlicher, wie Entscheidungen der Gremien zustande kämen. Dem Bürger gegenüber würde mehr Vertrauen geschaffen.

Die FDP-SWG-UWG-BBV/F-Gruppe habe sich daher darauf verständigt, dass LiquidFriesland nicht weiter geführt werden sollte. Das Testjahr sei noch nicht abgelaufen; eine Vorbehaltskündigung könnte noch ausgesprochen werden. Der bisherige Verlauf habe nicht das gezeigt, was man erhofft habe.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke erklärte, LiquidFriesland sei kein Instrument der Volksabstimmung, sondern ein Weg der kommunalpolitischen Partizipation. Aller Anliegen könne es nur sein, diese Chance zu unterstützen.

Herr Just kritisierte die Beteiligung des Kreistagsvorsitzenden an der inhaltlichen Diskussion; er missbrauche die Sitzungsleitung für eigene Ausführungen.

Kreistagsabgeordneter Vehoff führte aus, für Vorwürfe dieser Art gebe es die Möglichkeit, Anträge zur Geschäftsordnung zu stellen. - Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, die bisherige Testphase für LiquidFriesland sei zu kurz; die weitere Entwicklung sollte abgewartet werden. Im Sinne der Bürgerbeteiligung sollte das Projekt weiter laufen, auch wenn sich bis heute nur ca. 40 Personen mit einem Beitrag bei LF zu Wort gemeldet hätten. Gerade weil es sich nach Worten des

Landrates um ein solch wichtiges Instrument der Demokratie handele, sollte jedes Jahr überprüft werden, ob man auf dem richtigen Wege und etwas zu verbessern sei. Die Fraktion schlage deshalb die Einführung der jährlichen Evaluierung vor.

KTA Böcker bezog sich auf die von Herrn Harms erwähnte 89 %ige Zustimmung/8 Personen in LiquidFriesland für die 19. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfs-planung . Die Beteiligung der Bevölkerung betrage damit lediglich 0,01 %. Einer Fortführung von Liquid Friesland könne auch er daher nicht zustimmen.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke erläuterte, im Verlauf der Beratung im Kreisausschuss habe man sich darauf verständigt, künftig die Prozentzahlen nicht zu nennen, da diese Zahlen zu Irritationen führten.

Herr Neugebauer sprach sich für eine Bürgerbeteiligung und die Fortsetzung von LiquidFriesland aus. Als Informatiker nutze er das Internet intensiv. Andererseits betrachte er die Dinge auch als Wirtschaftler. Daher stelle sich die Frage, ob der Ertrag einer Sache den dafür erforderlichen Aufwand rechtfertige. Ein zusätzlicher Kanal für Bürgerbeteiligung sei absolut positiv zu sehen. Trotzdem unterstütze er den Antrag der CDU, die Beschlussvorlage insofern zu ändern, dass LiquidFriesland für ein weiteres Jahr fortgeführt werde. Phasen der Evaluation und weiterer Erkenntnisse seien erforderlich. LiquidFriesland sollte kein Freibrief auf ewige Fortführung gegeben werden; nach einem Jahr sollte überprüft werden, wie sich die Bürgerbeteiligung in ihrer jetzigen Form mit 700 Zugangsberechtigten und einigen wenigen echten Nutzern weiter entwickle. Herr Neugebauer beantragte, die Beschlussvorlage zu erweitern um die Formulierung „um ein weiteres Jahr“.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski bekundete, er habe eine solche Gegenreaktion zu diesem im Grunde so positiven Thema nicht erwartet. Die genannten negativen Aspekte seien aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar. Man wolle mehr Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung und das Gespräch mit dem Bürger. Immerhin gebe es rd. 400 Personen mehr, die am politischen Geschehen teilnähmen. Man habe also einen Erfolg zu verzeichnen. Gerade bei den Kreistagssitzungen sei keine steigende Besucherresonanz zu erwarten, da die Punkte in der Regel nur kurz angerissen würden und für den Bürger nicht mitzuverfolgen seien. Die Bürger hätten vielmehr das Anliegen, die sie betreffenden Themen direkt über das Internet aufzugreifen und anzustoßen. Die politischen Gremien erhielten auf diesem Wege Anregungen, für die die Gruppe MMW/Die Linke dankbar sei. LiquidFriesland sei positiv und ein niederschwelliges Angebot für Bürgerinnen und Bürger, die sich mit Politik bisher nicht oder kaum befassten. Auf diesem Wege sei es ihnen möglich, eigene Ideen einzubringen. Für die politische Arbeit sei dies fruchtbar.

Herr Just widersprach, das Angebot sei keineswegs niederschwellig. Einfacher sei es, Anregungen per E-Mail oder handschriftlich beim Landkreis einzureichen als sich über LiquidFriesland zu beteiligen. Akkreditierung, Zulassung und Verfahren dieser Online-Bürgerbeteiligung muteten gegenüber den einfachen Eingabemöglichkeiten nach dem Nds. Kommunalverfassungsgesetz eher elitär an.

Bei LiquidFeedback habe der Bürger weniger Rechte. Wer eine normale Eingabe einreiche, habe Anspruch darauf, eine Antwort bzw. Entscheidung zu erhalten. Bei LF müsse man dagegen zunächst eine Mehrheit für sich gewinnen, damit eine Eingabe behandelt werde. Wenn sich für das Anliegen eine Minderheit abzeichne, erfolge keine Befassung mehr. Diese Online-Bürgerbeteiligung sei damit komplizierter und enthalte weniger Rechte für die Bürger. Einziger Vorteil des

Systems sei, dass man sich mit mehreren Interessierten über ein Thema austauschen könne; eine Einzeleingabe biete diese Möglichkeit nicht.

Die bisherige Beteiligung rechtfertige die Fortführung von LiquidFriesland im Grunde nicht. Bei den angesprochenen 400 Personen handele es sich zwar um Akkreditierte, die Zahl der tatsächlichen Nutzer belaufe sich aber lediglich auf einige Dutzend. LiquidFeedback stelle allerdings eine sehr preiswerte PR-Aktion für den Landkreis Friesland dar. Bei rd. 7.000 Euro Kosten jährlich wecke man das Interesse der gesamten bundesrepublikanischen Presse- und Fernsehlandschaft. Eine jährliche Evaluation mache Sinn.

Auf entsprechende Fragen der Presse habe er, so Herr Just, erklärt, es werde aus seiner Sicht keine Einstellung des Projektes LiquidFriesland geben. Der Landkreis Friesland werde sich den Vorteil, die erste Kommune in Deutschland gewesen zu sein, die diese Plattform nutze, nicht nehmen lassen - bis das System möglicherweise völlig zusammenbreche. - Er spreche sich bei jährlicher Evaluierung für eine Fortsetzung aus, wenn auch die realen Nutzerzahlen ernüchternd seien. Nicht einmal 1 Promille der Bevölkerung nehme an den Abstimmungen teil. Andererseits sei nicht zu verkennen, dass das System eine kostengünstige Werbung für den Landkreis Friesland sei. Auch die ernüchternden Zahlen aus Friesland gäben der Bundesrepublik Auskunft darüber, wie wenig Beteiligung bei solchen Plattformen letztlich zu verzeichnen sei. Für andere sei auch diese Erkenntnis interessant. Der Landkreis Friesland habe sozusagen Pionierarbeit geleistet, die man für die Dauer des Bestehens von LF weiterführen sollte.

Frau Bödecker führte aus, sie sehe das Projekt LiquidFriesland als ein Erfolgsmodell. Bei der Bewertung seien nicht allein die 400 – 500 in LF angemeldeten Bürger Ausschlag gebend. Zudem gebe es viele Menschen, die sich über das Internet erkundigten, welche Themen sich in der aktuellen politischen Diskussion befänden. Anträge aus LiquidFriesland, die in den Gremien des Landkreises behandelt worden seien, hätten durchaus Rückmeldung von den Bürgern erhalten. Ihnen sei durch die Erörterung klar geworden, warum manche Anliegen nicht oder nicht in der gewollten Form umsetzbar seien. Der Blick in LF habe die politische Beratung und Entscheidungsfindung für die Bürger nachvollziehbar gemacht. Diese Menschen verfügten aber keineswegs zwingend über einen Nutzerzugang und nähmen auch an Abstimmungen nicht teil. Das Projekt laufe erst seit fast 1 Jahr und sollte weiter geführt werden. Die interne Arbeitsgruppe aus Vertretern von Kreistag und Verwaltung sollte die weitere Entwicklung positiv begleiten.

LiquidFriesland habe sich tatsächlich als eines der besten Marketingkonzepte für den Landkreis erwiesen. Die Region sei bundesweit bekannt geworden. Günstiger sei ein Marketingkonzept kaum machbar. Das Modell „LiquidFriesland“ halte sie, so Frau Bödecker, daher nach wie vor für ein Erfolgsmodell, für das sie um Zustimmung gemäß Verwaltungsvorlage bitte.

KTA Neugebauer erklärte, es habe in der heutigen Diskussion keine negativen Äußerungen zu LiquidFriesland gegeben; alle seien sich darin einig, dass es sich um ein positives Instrument handele. Auch er selbst sei für eine Fortführung dieser Bürgerbeteiligung. Es gehe aber darum, keinen Freibrief zu erteilen, sondern die Fortführung auf ein Jahr zu begrenzen bzw. festzulegen, dass man in einem Jahr nochmals evaluiere.

Herr Chmielewski merkte zu den Ausführungen von Herrn Just an, LF bedeute kein Weniger an Demokratie. Es handele sich um eine zusätzliche Möglichkeit; nach wie vor bleibe die Option, die Beteiligungsrechte nach dem Nds. Kommunalverfassungsgesetz wahrzunehmen.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke fasste zusammen, die Mehrheit des Kreistages vertrete die Auffassung, dass LiquidFriesland ein wertvolles Instrument der kommunalpolitischen Partizipation sei, das beibehalten werden sollte. Meinungsunterschiede gebe es in der Frage der Kündigung des Projektes.

Es sei zum einen über den Antrag abzustimmen, eine weitere einjährige Probezeit zu praktizieren.

Ferner sei darüber zu befinden, ob gemäß Antrag der CDU-Fraktion eine jährliche Evaluation erfolgen solle. - Hierzu bedürfe es keiner Beschlussvorlage, denn bei jeder Kreisausschuss- und Kreistagssitzung lege die Verwaltung Ergebnisse aus LiquidFriesland vor, so dass jeder den Verlauf der Beteiligung erkenne.

Die Abstimmungen verliefen wie folgt:

a)

Antrag: Erweiterung der LiquidFriesland-Testphase um 1 Jahr.

Ja-Stimmen: 9

Gegenstimmen: 25

Enthaltungen 2

(Da Herr Husemann die Sitzung verlassen hatte, nahmen insgesamt 36 Kreistagsmitglieder an der Abstimmung teil.)

= Der Antrag auf Erweiterung der LiquidFriesland-Testphase um 1 weiteres Jahr wurde **abgelehnt**.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf jährliche Evaluation habe sich im Rahmen der Diskussion als konsensfähig gezeigt, so Herr Pauluschke. Die Verwaltung werde dieses Anliegen als Wunsch des Kreistages im Protokoll fixieren. Eine Abstimmung über diesen Antrag könne damit entfallen. - Dieser Vorschlag fand einhellige Zustimmung.

b)

Es erfolgte die Abstimmung über den **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Beschluss:

Die Online-Plattform LiquidFriesland wird als zusätzlicher Kanal für die Bürgerbeteiligung über die einjährige Testphase hinaus fortgeführt. Die Kreisverwaltung setzt ergänzend die im Evaluierungsbericht unter 4. vorgeschlagenen Maßnahmen um (Verkürzte Laufzeit, Vereinfachte Erinnerung an Zugangsdaten, Frühere Intervention bei Nichtzuständigkeit, Multiplikatoren-Veranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer, Einsatz für ein modernisiertes NkomVG). Dem Auftrag des Kreistages entsprechend wird die Verwaltung jährlich einen Evaluierungsbericht vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung (= 29 Ja-Stimmen) bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

**TOP 6.4.6 Örtliche und überörtliche Gremien außerhalb des Kreistages;
Änderungen in der Entsendung der Verwaltung aufgrund der
geänderten Organisationsstruktur
Vorlage: 0315/2013**

Der Kreistag nahm die unter TOP 3.1.6 der KA-Niederschrift vom 12. Juni 2013 aufgeführten Änderungen zur Kenntnis.

**TOP 6.4.7 KMU-Förderung 2013; Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln über
den Haushalt 2013 (WTKF 04.06.)
Vorlage: 0305/2013**

Der Kreistag nahm die Empfehlung des Kreisausschusses unter TOP 3.1.7 der KA-Niederschrift vom 12. Juni 2013 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Harms führte aus, es gehe um die Bereitstellung von 75.000 Euro an weiteren Mitteln für die KMU-Förderung; das Geld dafür aber fehle. Nach seinen Informationen berge die Gewährung von Mitteln der Wirtschaftsförderung oftmals einen Mitnahmeeffekt in sich. Sicherlich gebe es Fälle, in denen die Förderung Sinn mache. Letztendlich aber gehe es den Städten und Gemeinden in Friesland finanziell schlecht, seien nicht in der Lage, ihren Haushalt auszugleichen bzw. sähen einer schlechten Entwicklung entgegen.

Auch die Stadt Jever habe Schwierigkeiten, die Gelder aufzubringen. So erfreulich es sei, dass es EU-Mittel gebe: Den Gemeinden sei es kaum möglich, finanziell dagegen zu halten. Bei den vom Landkreis zusätzlich übernommenen Mitteln handele es sich ebenfalls um Gelder, die von den Kommunen über die Kreisumlage aufzubringen seien. Im Rahmen der Haushaltsgenehmigung werde den Kommunen aufgegeben, ihre Einnahmesituation zu verbessern und eine restriktive Ausgabenpolitik zu betreiben. Seit Jahren habe die Stadt Jever einen defizitären Haushalt. Die Kommunen hätten eine Vielzahl von Pflichtaufgaben zu erledigen; viele Positionen blieben auf der Strecke und müssten gestrichen werden. Die FDP-SWG-UWG-BBV/F-Gruppe werde vor diesem Hintergrund gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen.

KTA Busch verwies auf die Förderrichtlinien. Die Antrag stellenden Betriebe hätten sich im Rahmen dieser Richtlinien einwandfrei verhalten. Nach dieser Maßgabe seien dann alle Antragsteller gleich zu behandeln. In der Vorlage werde deutlich, dass seit 2008 119 Betriebe gefördert worden seien und die Schaffung bzw. Erhaltung wie vieler Arbeitsplätze damit habe ermöglicht werden können. Es sei vermessen, hier von einem Mitnahmeeffekt zu sprechen. Die Anträge seien eingehend geprüft und im Wirtschaftsausschuss behandelt worden. Vor einer Mittelzusage überprüfe die Verwaltung, ob es zweifelsfrei um neu geschaffene Arbeitsplätze gehe und ob die dem Antrag zu Grunde liegende Investition auch wie angegeben getätigt werde. Sollte sich ergeben, dass die Investitionshöhe nicht wie angegeben belastbar sei, so werde der Antrag und damit die Förderung entsprechend nach unten korrigiert.

Das KMU-Programm habe sich ausgezahlt und zeige positive Effekte. Gerade weil die Finanzlage der Kommunen so angespannt sei, habe der Landkreis sich dafür entschieden, sich jährlich finanziell mehr als bisher einzubringen. Der dauerhaften

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen müsse auch weiterhin ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ergänzte, Wirtschaftsförderung sei keine leichtfertige Ausgabe.

Landrat Ambrosy erläuterte, die EU-Förderperiode laufe aus und man sei nicht sicher, wie lange es noch eine KMU-Förderung geben werde. Dem Landkreis lägen derzeit qualitativ gute Förderanträge vor, die die Schaffung von Arbeits- bzw. Ausbildungsplätzen zum Gegenstand hätten. Die durchschnittliche Jahresarbeitslosenquote betrage 6,2 %; vor 15 Jahren sei dieser Anteil mehr als doppelt so hoch gewesen. Diese positive Entwicklung sei vor allem kleinen und kleinsten (Familien-)Unternehmen zu verdanken, die die Wirtschaft durch ihre Aktivitäten stabilisiert hätten. Gegenüber früher sei man nicht mehr von ein oder zwei großen Unternehmen abhängig. Die Förderung dieser Unternehmen sei u. a. durch das KMU-Programm ermöglicht worden. Die Entscheidung zur Gegenfinanzierung liege in der Hand der Kommunen.

Von einem Mitnahmeeffekt könne nicht die Rede sein. Oftmals seien es lokale und regionale Banken, die diese Unternehmen mit Krediten unterstützten bzw. finanzierten. Ein positives Qualitätskriterium für ihre Prüfung sei die Förderzusage des Landkreises; die Unterstützung der öffentlichen Hand erleichtere Kreditzusagen. Daher stellten die Unternehmen Anträge auch mit relativ geringen Investitionssummen. Die Verwaltung schlage daher vor, die finanzielle Unterstützung des Landkreises auch für die restliche Förderperiode zu ermöglichen.

Die zuständige Staatssekretärin habe anlässlich einer Veranstaltung vor einigen Tagen angedeutet, dass es auch weiterhin eine KMU-Förderung geben könnte. Möglicherweise werde aber die Systematik der Förderung völlig geändert (rollierendes System). Es bleibe abzuwarten, ob diese Variante ggf. von den Unternehmern angenommen werde.

Zur Anmerkung von KTA Harms zur Kreisumlage: Der Gesamthaushalt des Kreises umfasse in Einnahmen und Ausgaben je 160 Mio. Euro; 38 Mio. Euro davon nehme man aus der Kreisumlage ein – also ein Viertel. Auch von den in Rede stehenden Geldern werde also ein Viertel aus Kreisumlage-Mitteln finanziert. 75 % resultierten somit aus anderen Töpfen und flössen in die Städte und Gemeinden.

Herr Harms stellte klar, er habe davon gehört, dass es Betriebe gegeben habe, bei denen sich der Eindruck eines Mitnahmeeffektes aufgedrängt habe; die konkreten Beispiele werde er naturgemäß nicht nennen. Anliegen seiner Ausführungen sei der Hinweis auf die sehr angespannte Finanzsituation und erheblichen Probleme der Städte und Gemeinden. Vor diesem Hintergrund sei zu überlegen, ob die Bereitstellung weiterer Fördermittel z. B. für die Stadt Jever leistbar sei. - Herr Pauluschke erklärte, es gelte zu überlegen, dass man damit auf EU-Fördermittel verzichte. - Herr Harms verwies auf die Schwierigkeiten, überhaupt eine Finanzierung der Pflichtaufgaben sicherzustellen. Man fühle sich vor vollendete Tatsachen gestellt.

KTA Just wies darauf hin, Herr Pauluschke habe seine Funktion als Vorsitzender neutral auszuüben. Er habe mit Herrn Harms in der Sache diskutiert, seine Aussagen zur Kreisumlage als deplaziert gewertet und ihn zurecht gewesen. Einer Sitzungsleitung stehe aber die Kommentierung und das Hinterfragen von

Wortbeiträgen nicht zu. Bei Meinungsäußerungen des Vorsitzenden müsse der Vorsitz vorübergehend abgegeben werden.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke verwies auf die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses und stellte sie zur Abstimmung.

Beschluss:

Für das KMU-Förderprogramm des Landkreises Friesland werden zusätzliche Mittel in Höhe von netto 75.000,- Euro überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

**TOP 6.4.8 Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Sanierung der Schlachtmühle
Vorlage: 0314/2013**

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – sh. TOP 3.1.8 der Niederschrift vom 12. Juni 2013 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Für die Sanierung der Schlachtmühle werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von ca. 25.000,- € im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe bereit gestellt:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.5 - aus dem Kreisausschuss vom 25. Juni 2013

**TOP 6.5.1 Eintragung einer Grundschuld auf das Grundstück des Nordwest-Krankenhauses Sanderbusch zur Sicherung eines Landeszuschusses nach KHG
Vorlage: 0317/2013**

Gemäß einstimmigen Votum des Kreisausschusses vom selben Tage (sh. TOP 3.1.1 der Niederschrift vom 25.06.2013) beschloss auch der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

1.

Der Eintragung einer jederzeit fälligen Grundschuld auf das Grundstück des Nordwest-Krankenhauses Sanderbusch für die Förderung der Investitionsmaßnahme „Notaufnahme und Zentrale Funktionsdiagnostik 2. BA“ in Höhe von bis zu 7.000.000 Euro, aufgeteilt auf die einzelnen Finanzierungsabschnitte 2013 bis 2016, zu Gunsten des Landes Niedersachsen wird grundsätzlich zugestimmt.

2.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, für die einzelnen Finanzierungsabschnitte des 2. BA bis zu der unter 1. festgelegten Höchstgrenze von 7,0 Mio. Euro die Grundsuldeinträge entsprechend der jeweils vom Niedersächsischen Sozialministerium bewilligten Abschnittsförderung zu veranlassen. Für den 1. Finanzierungsabschnitt „Stroke Unit und OP“ im Jahr 2013 wird hieraus eine erste Grundsuld in Höhe der Festbetragsfinanzierung von 1.000.000 Euro eingetragen. Über weitere Eintragungen ist dem Kreistag jeweils unverzüglich nachträglich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.5.2 Vorschlag zur Benennung der Kreiswahlleitung und deren Stellvertretung für die Europawahl am 25. Mai 2014
Vorlage: 0319/2013**

Der Kreisausschuss hatte in seiner am selben Tage stattgefundenen Sitzung – TOP 3.1.2 der Niederschrift vom 25. Juni 2013 – eine einstimmige Beschlussempfehlung verabschiedet, der der Kreistag folgte:

Beschluss:

Der Landeswahlleiterin wird vorgeschlagen, Frau Erste Kreisrätin **Silke Vogelbusch** zur Kreiswahlleiterin und Frau **Elena Kloß** zur stellvertretenden Kreiswahlleiterin gem. § 3 Abs. 1 Europäische Wahlordnung (EuWO) zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse war nicht zu berichten.

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 4. März 2013

TOP 8.2 Sitzung des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 7. März 2013

TOP 8.3 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 9. April 2013

- TOP 8.4 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 23. April 2013**
- TOP 8.5 Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 29. April 2013**
- TOP 8.6 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21. Mai 2013**
- TOP 8.7 Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales vom 28. Mai 2013**
- TOP 8.8 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 4. Juni 2013**
- TOP 8.9 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 10. Juni 2013**
- TOP 8.10 Sitzung des Betriebsausschusses des Grundstücks-Eigenbetriebes Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch vom 20. Juni 2013**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 9 Mitteilungen des Landrates

Landrat Ambrosy teilte mit, er habe Herrn Günther Butschek, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Premium Aerotec GmbH, wegen der personellen Veränderungen an der Spitze der PAG GmbH angeschrieben. Er habe in seinem Schreiben um Informationen gebeten, ob und ggf. welche Strategieveränderungen zu erwarten seien und welche Auswirkungen sich für den Produktionsort Varel ergäben. Auch der Betriebsrat setze sich für eine Klärung intensiv ein. Man hoffe, dass angesichts der verkauften Flugzeuge und der Notwendigkeit der Produktion nicht wieder voreilige Schlüsse gezogen und umgesetzt würden. Wichtig sei die Einbeziehung der PAG-Standorte, denn letztlich stelle sich die Frage, wer die bestellten Flugzeuge bauen solle, wenn gleichzeitig Personalabbau betrieben werde und gleichzeitig die Effizienz und die Renditen gesteigert werden sollten. Der Landkreis Friesland verlange Auskünfte dazu und halte den engen Draht zum Betriebsrat.

Lt. Meinung von Fachleuten sei der Standort Varel unter dem Aspekt „Effizienz“ hervorragend aufgestellt. Mit der Strategie des Ausbildungs- und Technologiezentrums sei der Standort begünstigt, da die dort erforschten Dinge zu einer hohen Effizienz und Leistungsfähigkeit des Standortes beitragen. Das Land Niedersachsen habe signalisiert, dass man in diesem Anliegen gemeinsam an einem Strang ziehen werde. Die Antwort des PAG-Aufsichtsrates werde den Gremien nach Eingang zur Kenntnis gegeben. Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 10 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

Keine.

TOP 11 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

Keine.

TOP 12 Anregungen und Beschwerden

TOP 12.1 Kooperation/Zukunftsvertrag Stadt Wilhelmshaven/Ladkreis Friesland; Sachstand

KTA Harms fragte nach dem Sachstand des KGSt-Gutachtens.

Landrat Ambrosy führte aus, die Verwaltung gehe davon aus, dass das Gutachten in Kürze vorliegen werde; lt. KGSt. stehe es kurz vor der Fertigstellung. Man werde die Unterlagen nach Eingang zunächst verwaltungsintern auf sachlich richtige Wiedergabe sichten und sie den Fraktionsvorsitzenden dann unverzüglich übersenden. Gleichzeitig werde man das Gutachten auch den Städten und Gemeinden zuleiten. Wann das genau geschehe, sei aus heutiger Sicht nicht zu beurteilen.

TOP 12.2 Beschäftigungssituation in Lebensmittel erzeugenden Betrieben; TV-Beitrag

Herr Ramke verwies auf eine kürzlich gesendete TV-Reportage über menschenverachtende Verhältnisse bei den Firmen Steinemann und Wiesenhof. Die Unterkünfte der dort Beschäftigten seien unzumutbar und ein Armutszeugnis für den zuständigen Landkreis Vechta.

Er bitte darum, diese Thematik aufzugreifen und in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände zu erörtern. Auf der Homepage des Landkreises Friesland dürfe man zwar nicht zu einem Boykott dieser Lebensmittelerzeuger aufrufen. Gleichwohl sei es möglich, über LiquidFriesland die Frage zu stellen, ob man diese Firmen ggf. boykottieren würde. Evtl. sei auch ein Link möglich, um diesen Filmbeitrag zugänglich zu machen. Der Bericht sei deprimierend gewesen; auf Ebene des Nds. Landkreistages bzw. des Nds. Städte- und Gemeindebundes sollte dieses Thema aufgegriffen werden.

Landrat Ambrosy bestätigte, gesellschaftlich sei eine Diskussion in dieser Angelegenheit mit Sicherheit geboten. Er müsse an dieser Stelle aber darauf hinweisen, dass der öffentliche Aufruf zu einem Boykott möglicherweise zu haftungsrechtlichen Ansprüchen führe; dies gelte es zu berücksichtigen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Kreistagsvorsitzender Pauluschke schloss die öffentliche Sitzung um 16.00 Uhr. Ab 16.05 Uhr folgte die nichtöffentliche Sitzung.

gez. **Bernd Pauluschke**
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**
Protokollführerin